

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/51

Bonn, den 13. März 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe :

Seite		Zeilen
1	<u>"Einfrieren" ?</u> Überraschung bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen	24
	<u>Durcheinander in Pankow</u> Musste Mikojan einschreiten ?	25
2 - 3	<u>Europa und USA - durch gemeinsame Interessen verbunden</u> Ein Interview Willy Brandts in der Wochenzeitschrift der italienischen Sozialdemokraten	90
4	<u>Noch zweierlei Recht ?</u> Die dänische Minderheit und die Wiedergutmachung Petition an den Bundestag	48
5 - 6	<u>Athen und der Zypern-Konflikt</u> Papandreu bemüht sich um friedliche Lösung Von Dr. Basil P. Kethiopoulos	74

Chefredakteur Günter Markscheffel

"Einfrieren" ?

Überraschung bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen

sp - Die Zähflüssigkeit der Genfer Abrüstungsverhandlungen führt u.a. auch dazu, daß wichtige Ereignisse in der Berichterstattung kaum einen Niederschlag finden. So hat z.B. am Donnerstag dieser Woche der US-Delegierte Fisher die Sowjets aufgefordert, endlich ihre Zustimmung zum "Einfrieren" der beiderseitigen Raketen zu geben. Es handelt sich hierbei um einen amerikanischen Vorschlag, den die Sowjets bisher mit der Begründung abgelehnt hatten, seine Verwirklichung würde das "Einfrieren" der amerikanischen Raketenüberlegenheit bedeuten. Zum ersten Mal haben damit die Sowjets indirekt zugegeben, daß sie die amerikanische Verteidigungskraft für stärker halten als man bisher aus den Reden ihrer prominenten Politiker schließen konnte. - Aber etwas anderes ist bei dieser Gelegenheit noch bekanntgeworden. Fisher hat die Sowjets daran erinnert, sie hätten bereits einer waffenfreien Antarktiszone und der Begrenzung der Zahl der Atomwaffen benutzenden Mächte zugestimmt. Das ist insofern beachtlich, als man bisher den offiziellen Verlautbarungen über den Verlauf der Genfer Verhandlungen wenig über die Haltung der Sowjets zu diesen Fragen entnehmen konnte. Diskret wurde übrigens in der gleichen Sitzung auch angedeutet, man werde möglicherweise bald wieder über die Einrichtung von gegenseitigen Kontrollstationen und den Austausch von Militärmissionen verhandeln. - Wie man sieht, bleiben die Amerikaner und Sowjets in Genf trotz aller meist sehr spektakulär behandelten Zwischenfälle bei der Abrüstungsverhandlungen selbst "hart am Mann".

+ + + Durcheinander in Pankow

----- Mußte Mikojan eingreifen ?

ep - Für Westdeutsche und Westberliner bleiben die bisher gültigen Bestimmungen bestehen." Diese Feststellung des Generaldirektors der sowjetischen Reisebüros zerstört die Hoffnungen vieler Menschen, die sich an Meldungen aus Ostberlin geklemmert hatten, den durch die Zone reisenden Westberlinern und Westdeutschen könne nun ein 72-stündiger Aufenthalt in der Zone gewährt werden. Entsprechende Markblätter waren schon in Westberliner Reisebüros verteilt worden.

Was mag wohl die Machthaber in Pankow bewogen haben, die beabsichtigte Zwischenaufenthaltsgenehmigung in der Zone wieder zurückzuziehen? Man ist hier zunächst auf Vermutungen angewiesen. Offensichtlich gibt es in der Pankower "Regierung" Stellen, die Angst vor dem eigenen Mut haben und die Begegnung der Bevölkerung Mitteldeutschlands mit Westberlinern und Westdeutschen für gefährlich halten. Andererseits mußte Pankow, das selbst bei den Ostblockstaaten wegen seiner stalinistischen Rückständigkeit einen schlechten Ruf genießt, etwas tun, um sich wenigstens den Anschein einer gewissen Aufgeschlossenheit zu geben. Also wird nun Ausländern gewährt, was den freien Deutschen weiterhin verboten bleibt. Für Ausländer öffnet sich, wenn auch nur für befristete Zeit, der Vorhang, sie können in den für die Reiseunterbrechungen bestimmten Orten Aufenthalt nehmen, dürfen sogar übernachten. Den Westberlinern und Westdeutschen bleibt diese Art von "Liberalisierung" verschlossen. So steht all dies in Zusammenhang mit dem Aufenthalt des stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Mikojan in Ostberlin? Hat Mikojan die "Liberalen" innerhalb der SFD-Führung zurückgepiffen? Das wäre ein Zeichen verhärteter sowjetrussischer Deutschlandpolitik.

Europa und USA - durch gemeinsame Interessen verbunden

Ein Interview Willy Brandts in der Wochenzeitschrift der
italienischen Sozialdemokraten

sp - Der Regierende Bürgermeister von Berlin und Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Willy Brandt, äußerte sich in einem Interview mit der Wochenzeitschrift der italienischen Sozialdemokraten SOCIALISMO DEMOCRATICO über Europa- und Berlinfragen.

* * *

Frage: Herr Regierender Bürgermeister, wie sieht die deutsche Sozialdemokratie die Beziehung zwischen Europa und den USA im Schoße der NATO?

Antwort: Die deutschen Sozialdemokraten setzen sich für eine möglichst enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen dem am den engeren Zusammenschluß bemühten Europa und den USA ein. Aus diesem Grunde hat die SPD den Appell des verstorbenen amerikanischen Präsidenten John F. KENNEDY vom 4. Juli 1962 aufgegriffen, in dem dieser das konstruktive Konzept einer atlantischen Partnerschaft zwischen dem freien Europa und Nordamerika entwarf. - Die SPD steht zu den Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des NATO-Bündnisses, weil sie überzeugt ist, daß dies für die Freiheit und die Sicherheit des freien Europa erforderlich ist. Das Konzept der Atlantischen Partnerschaft aber führt über die Fragestellungen des Kalten Krieges weit hinaus.

Frage: Welche Entwicklungen kann der Atlantikpakt nehmen, wenn seine Gültigkeit in wenigen Jahren zu Ende geht?

Antwort: Ich meine, wir sollten uns jetzt nicht so viel mit dem Auslaufen des Atlantikpaktes beschäftigen, sondern vielmehr danach streben, daß dieses Sicherheitssystem nicht in Zersetzung gerät. So, wie die Dinge in der Welt liegen, bedürfen wir weiterhin einer effektiven Zusammenarbeit, um den Frieden zu sichern.

Frage: Stimmt eine Politik, welche zu den Vereinigten Staaten und zur Sowjetunion gleiche Distanz hält, mit den Interessen Europas überein? Und wenn dies tatsächlich das europäische Anliegen ist, welche Stellung wird dann Europa in den Verhandlungen für die "Kennedy-Runde" einnehmen müssen?

Antwort: Nein, eine solche Politik wäre gegen die Interessen Europas gerichtet. Sie müßte die Zerstörung der bisher erreichten Integration und das Ende der europäischen Freiheit bedeuten. Europa und Amerika haben die gleichen grundsätzlichen Interessen. Unser Bestreben muß sein, in der praktischen Politik diese gemeinsamen Interessen immer mehr zu synchronisieren. Damit schaffen wir dann auch die Voraussetzungen für eine erträgliche Koexistenz.

Frage: In Italien wird seit einiger Zeit ein leichter anti-deutscher Propagandafeldzug von den Kommunisten geführt, der vor allem in den kulturell interessierten Kreisen seinen Ausdruck findet. Die italienischen demokratischen Parteien machen diese Politik nicht mit. Glauben Sie, daß man dieser Propaganda ein gemeinsames Vorgehen Italiens und Deutschlands entgegenstellen kann, das auf die kulturellen Bindungen zwischen diesen beiden Ländern aufgebaut ist?

Antwort: Diese manchmal recht bössartige Propaganda ist uns bekannt. Wir wissen aber auch, daß diese kommunistischen Störmanöver die freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Völkern nicht ernsthaft gefährden können. Wir vertrauen dabei auf die demokratische Struktur, die in beiden Ländern nach dem zweiten Weltkriege entwickelt werden konnte. - Die SPD ist für mehr und für wirksamere kulturelle und menschliche Beziehungen als bisher. Wir sind überzeugt, daß auf diese Weise die Bindungen zwischen Italien und der Bundesrepublik, zwischen dem italienischen und dem deutschen Volk, noch fester und noch herzlicher werden.

Frage: Die italienischen Arbeiter haben das Passierschein-Übereinkommen zu Weihnachten in Berlin mit Begeisterung aufgenommen. Glauben Sie, daß sich dieses Übereinkommen in ein neues Verhältnis zwischen Ost- und Westberlin verwandeln kann, das im Stande ist, die Gefahr zu beschwören, die die Mauer für den Frieden darstellt?

Antwort: Dieses Übereinkommen behandelte technische Regelungen im innerstädtischen Verkehr Berlins. Deshalb war das Passierscheinabkommen vom 17. Dezember 1963 nicht der Beginn einer "neuen Politik", sondern das Ausschöpfen von Möglichkeiten zur Linderung der durch die Errichtung der Schandmauer verursachten Leiden. Ich hoffe, daß es nicht bei dem einen Versuch bleibt, sondern daß im Einvernehmen zwischen Bonn, Berlin und den alliierten Schutzmächten weitere Erleichterungen durchgesetzt werden können.

Frage: Glauben Sie, daß man zwischen Ost- und Westdeutschland zu einem "modus vivendi" gelangen wird, und zu welchen Bedingungen?

Antwort: Wir sind durch unsere Verfassung verpflichtet, "die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden". Auf dem Wege zur Selbstbestimmung sollte man allerdings nicht auf den wiederholten Versuch verzichten, das Leben der Menschen im anderen Teil Deutschlands zu erleichtern und willkürlich zerrissene Verbindungen wieder herzustellen.

Frage: Glauben Sie, daß de Gaulle und Frankreich in der Lage sind, die europäische Führung anzunehmen?

Antwort: Der Geist der Europäischen Gemeinschaft muß den Gang der Entwicklung zur europäischen Einigung bestimmen. Der einseitige Einfluß einer Nation wäre ein bedauerlicher und gefährlicher Rückfall in das hegemoniale Denken des neunzehnten Jahrhunderts.

----- Noch zweierlei Recht? -----

Die dänische Minderheit und die Wiedergutmachung

sp. - Der Südschleswigsche Wählerverband (SSW), die Partei der dänischen Minderheit im Norden Schleswig-Holsteins, hat eine Petition an den Deutschen Bundestag gerichtet. Sie hat das unter Berufung auf Artikel 17 des Grundgesetzes getan, nach dem jedermann das Recht in der Bundesrepublik hat, sich mit Bitten oder Beschwerden an die Volksvertretung zu wenden. Die Partei wünscht, daß die Angehörigen der dänischen Volksgruppe im Landesteil Schleswig ebenso eine Entschädigung als Verfolgte des Nazi-Regimes erhalten, wie es für andere Bürger der Bundesrepublik der Fall ist.

Der Südschleswigsche Wählerverband hat bei seiner Petition an den Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier abgewogene Gründe vorgebracht. Er hat auf den empörenden Umstand hingewiesen, daß am 10.12.1962 das Bundesfinanzministerium (ebenso wie am 19.6.1963) der Minderheit mitgeteilt hat, für Personen aus ihren Reihen komme keine Wiedergutmachung in Frage, weil "eine nachteilige Behandlung einer nationalen Minderheit nicht als typisch nationalsozialistisch angesehen werden kann".

Das ist grotesk! Was haben denn die Nationalsozialisten eigentlich überhaupt getan, wenn sie nicht in ihrem Großdeutschen Reich auf eine systematische Vernichtung von Minderheiten hingearbeitet haben? Es ist doch wohl ganz klar, daß zu Hitlers Zeiten viele jener Männer und Frauen, die sich im deutschen Staatsverband zu Dänemark bekannten und zur Minderheit standen, enorme Nachteile hinnehmen mußten.

Die dänische Minderheit hat sich bei ihrem letzten Schreiben an das Bundesfinanzministerium auf eine Resolution gestützt, die das Begehren auf eine Wiedergutmachung für Minderheitengeschädigte unterstützt. Diese Resolution trägt die Unterschrift des deutschen Minderheiten-Abgeordneten im dänischen Reichstag Schmiöt-Oxbüll und des italienischen Abgeordneten Dr. Friedl Volker von der Tiroler Minderheit im römischen Abgeordnetenhaus. Aber auch diese Entschließung hat das Bundesfinanzministerium auf dem ablehnenden Standpunkt gegenüber der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein beharren lassen.

Die Minderheit selbst hat über den Südschleswigscher Wählerverband vorgeschlagen, in der Novelle zum Bundesentschädigungsgesetz den Hinweis aufzunehmen, daß auch jener eine Wiedergutmachung erhält, der von den Nationalsozialisten geschädigt worden ist, "weil er Angehöriger einer der im deutschen Reich in den Grenzen von 1937 bestehenden nationalen (volkstumsmäßigen) Minderheiten war".

Jenen Beamten im Bundesfinanzministerium, denen das alles noch nicht einleuchtet, sei empfohlen, die Program-Hetze der NS-Presse während des Dritten Reiches in Schleswig-Polstein gegen Angehörige der dänischen Minderheit nachzulesen.

Es darf in Deutschland nicht zweierlei Recht für die Verfolgten der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft geben. Es ist unmöglich, daß die Verfolgten in den Reihen einer Minderheiten-Partei benachteiligt werden. Es wird höchste Zeit, daß dem Bundesentschädigungsgesetz eine Novelle beigegeben oder eine Ergänzung zugefügt wird, die diese Frage regelt.

+ + +

Athen und der Zypernkonflikt

Papandreu bemüht sich um friedliche Lösung

Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

Die Zypern-Krise dauert vorläufig noch an. Die Bemühungen des UNO-Generalsekretärs zur Aufstellung einer internationalen Friedenstruppe scheinen jetzt doch bald von Erfolg gekrönt zu werden. Inzwischen ist auf Zypern viel Blut geflossen und nicht immer wurden die Vorgänge auf der laiegeprüften Insel in der internationalen Öffentlichkeit den Realitäten entsprechend dargestellt. Hierbei ist oft auch der Eindruck vermittelt worden, als sei die vor kurzem neu gewählte griechische Regierung Papandreu inaktiv. Tatsache ist jedoch, daß die Regierung Papandreu eine in der Zeit der konservativen Regierung Karamanlis eingeleitete unglückliche Entwicklung als Erbschaft übernehmen mußte und erst nach der Beseitigung zahlreicher in früheren Jahren entstandener Schwierigkeiten darangehen konnte, sich selbst in die Bemühungen um die friedliche Beilegung des Zypern-Konfliktes einzuschalten.

Die frühere Opposition hatte rechtzeitig gewarnt

Der griechische Ministerpräsident Papandreu hat zwar die Verträge von Zürich und London aus dem Jahre 1959, die Zypern die Unabhängigkeit brachten, nicht gekündigt. Er hat jedoch erklärt, daß er die Forderung einer Revision der zypriotischen Verfassung unterstützen werde. Die heutige griechische Regierung fühlt sich im übrigen an die Verträge von 1959, die das Zypern-Problem durch undurchführbare juristische Konstruktionen zu lösen versuchten, nicht gebunden.

Als die damalige griechische Regierung unter Karamanlis das Vertragswerk unterzeichnete, leistete die Opposition unter Papandreu erbitterten Widerstand; sie wies damals schon darauf hin, daß eine solche "Lösung" binnen weniger Jahre eine äußerst gefährliche Entwicklung schaffen könne - wie es dann knapp fünf Jahre nach der Unterzeichnung der Verträge auch geschah. Aufgrund ihrer damaligen Haltung ist die Regierung Papandreu heute in der Lage, einen weiten Handlungsspielraum zu nutzen. Sie ist eine ernstzunehmende und unmittelbar interessierte Komponente im Tauziehen derjenigen Mächte, die die Verantwortung verloren zu haben scheinen.

Mögliche Kettenreaktionen

Tatsache ist, daß Griechenland sich angesichts der ständigen, aber deshalb um nichts glaubwürdigeren Invasionsankündigungen der Türkei äußerster Selbstbeherrschung befleißigt hat. Diese Haltung rechtfertigt sich aus der Überlegung, daß ein Angriff der Türken auf die Insel Zypern eine derart große Kettenreaktion der Ereignisse

auslösen und die westliche Allianz solchermaßen erschüttern würde, daß keine der westlichen Großmächte die Invasion zulassen könnte! Darauf hat Papandreu in deutlichen und klaren Gesprächen, die sich in Sprache und Inhalt von denen der letzten Jahre erheblich unterschieden, die Botschafter Englands und der USA hingewiesen.

Jugoslawien als Vermittler ?

Die neueste Entwicklung charakterisieren Besprechungen der griechischen Regierung auf höchster Ebene mit Vertretern derjenigen Länder, die unmittelbar in die Zypern-Krise verwickelt sind, da sich viele Staatsoberhäupter anlässlich des Begräbnisses von König Paul zur Zeit in Athen befinden. Unter anderem hat Papandreu mit Erzbischof Makarios die kritische Lage auf Zypern eingehend erörtert.

Ein gänzlich neues Moment in diese Bestrebungen bringt der Vorschlag, den Papandreu dem jugoslawischen Parlamentspräsidenten Cardelj, der sich anlässlich der Beisetzung ebenfalls in Athen aufhält, unterbreitete: Jugoslawien solle seine guten Dienste als Vermittler zur Beilegung des Konflikte anbieten. Denn - so meint der griechische Ministerpräsident - in Belgrad besteht das größte Interesse an einer Erhaltung des politischen Gleichgewichts im Balkan-Raum.

Es geht auch hier um das Selbstbestimmungsrecht

Eine Lösung der Zypern-Krise kann nur dann erfolgreich sein, wenn dem zyprischen Volk das Selbstbestimmungsrecht gewährt wird! Denn über den Rechten der türkischen Bevölkerungsminderheit (20 Prozent der Gesamtbevölkerung), deren sich besonders die britische und amerikanische Presse angenommen zu haben scheinen, wird vergessen, daß auch die Zyprioten griechischer Abstammung einige Rechte für sich in Anspruch nehmen können. Eine Teilung der Insel, wie sie die Türkei anstrebt, erscheint undurchführbar, da die türkischen Zyprioten über die ganze Insel zerstreut sind und darüberhinaus ein ihnen zugewiesener Inselteil wirtschaftlich nicht lebensfähig wäre. Im übrigen könnten auch beispielsweise die Farbigen in der USA eine Teilung Amerikas verlangen, wenn man überall Minderheiten-Probleme auf diese Art "lösen" wollte.

Zypern braucht eine wirklich unabhängige Selbstverwaltung aufgrund einer sich selbst gegebenen Verfassung. Die Rechte der türkischen Minderheit sollen von der UNC garantiert und so ausgestaltet werden, wie dies in demokratischen Ländern der Fall zu sein pflegt. Extreme Forderungen der einen Seite können nur dazu führen, extreme Forderungen der anderen Seite neu zu beleben.